



**„Zukunft sichern –
Wachstum ermöglichen –
Staat modernisieren“**

**Positionspapier LV-MV
25. Juni 2026**

*Die Stimme der Sozialen
Marktwirtschaft*

„Zukunft sichern – Wachstum ermöglichen – Staat modernisieren“

Mecklenburg-Vorpommern steht im Wahljahr 2026 vor einer strukturellen Weichenstellung. Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, staatliche Handlungsfähigkeit und gesellschaftliche Stabilität hängen zunehmend davon ab, ob politische Rahmenbedingungen Investitionen ermöglichen, Innovation fördern und Verwaltung effizient gestalten.

Dieses Positionspapier bündelt zentrale Forderungen aus den Landesfachkommissionen und formuliert konkrete Handlungserwartungen an die künftige Landesregierung. Leitprinzip ist dabei eine Politik, die auf Verlässlichkeit, wirtschaftliche Vernunft und Umsetzungsstärke setzt.

Digitalisierung & KRITIS

Staat modernisieren – Sicherheit stärken – Mittelstand befähigen

Digitale Steuerung mit klarer Verantwortung

Digitalisierung und der Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) benötigen eine zentrale, ressortübergreifende Steuerungsstruktur mit klarer Durchgriffs- und Entscheidungskompetenz – unabhängig von der organisatorischen Zuordnung innerhalb der Landesregierung. Die Besetzung verantwortlicher Positionen muss strikt nach fachlicher Qualifikation erfolgen. Parteipolitische Kriterien dürfen keine Rolle spielen.

Digitalisierung für den Mittelstand zugänglich machen

Gerade kleine und mittlere Unternehmen benötigen eine niedrighschwellige, praxisnahe Digitalisierungsförderung. Bestehende Programme sind zu komplex und erreichen viele Betriebe nicht.

Erforderlich ist ein Förderansatz, der Investitionen ermöglicht, Qualifizierung und Sensibilisierung integriert sowie Cybersicherheit als Grundvoraussetzung vermittelt.

Ziel ist es, Überforderung zu vermeiden und Digitalisierung als wirtschaftliche Chance im Mittelstand zu verankern.

Zentrale Task Force für Digitalisierung und KRITIS

Es wird die Einrichtung einer landesweiten Task Force vorgeschlagen, die Kompetenzen bündelt und operativ handlungsfähig ist.

Aufgaben sind die Strategieüberprüfung und Priorisierung digitaler Vorhaben, das Umsetzungscontrolling laufender Projekte, die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die Landesregierung, die Koordination der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Rahmen des „Operationsplans Deutschland“ sowie die Risiko- und Schutzbedarfsanalyse Kritischer Infrastrukturen.

Energie, Industrie und Technologie

Wertschöpfung im Land halten – Industrie stärken – Energie nutzen

Industriepolitik strategisch neu ausrichten

Die Vielzahl an bestehenden Programmen und Institutionen ist stärker zu bündeln und strategisch auszurichten.

Ziel ist der Aufbau echter industrieller Wertschöpfungsräume statt isolierter Einzelprojekte. Kernmaßnahmen sind die Umwandlung der Innovationsstrategie in eine Umsetzungsstrategie, die Verknüpfung von Clustern mit klaren Industrie- und Ansiedlungszielen, eine Definition weniger, leistungsfähiger Industriekorridore sowie die Digitalisierung und Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.

Energie als Standortvorteil nutzen

Mecklenburg-Vorpommern ist ein führender Standort erneuerbarer Energien – profitiert wirtschaftlich jedoch nicht ausreichend davon.

Erforderlich sind eine stärkere Verknüpfung von Energieerzeugung und industrieller Nachfrage, der beschleunigter Ausbau von Speichertechnologien (Batterien, Elektrolyseure) inkl. Nutzung von Abwärme sowie die Vereinfachung direkter Stromlieferverträge zwischen Erzeugern und Unternehmen

Ziel ist die Transformation von Energieüberschuss in regionale Wertschöpfung.

Gesundheitswirtschaft & Pflege

Versorgung sichern – Fachkräfte gewinnen – Digitalisierung nutzen

Zukunftssichere Gesundheitsversorgung

Die Sicherung der Gesundheits- und Pflegeversorgung erfordert eine verlässliche Finanzierung, Bürokratieabbau, investitionsfreundliche Rahmenbedingungen und der Ausbau regionaler Versorgungsstrukturen.

Digitalisierung als Entlastungsinstrument

Digitale Anwendungen sind konsequent zur Entlastung des Personals einzusetzen bei der elektronischen Patientenakte, der telemedizinischen und telepflegerischen Versorgung, digitalen Verwaltungsprozessen sowie der digitalen Termin- und Versorgungssteuerung.

Fachkräfte sichern und Ausbildung stärken

Die Ausbildung in den Gesundheitsberufen ist strategisch abzusichern. Internationale Fachkräfte müssen schneller integriert werden. Erforderlich sind der Ausbau von Ausbildungs- und Studienkapazitäten, ein beschleunigtes Anerkennungsverfahren sowie verbesserte Integrationsstrukturen.

Strukturreform der Versorgung

Die Krankenhausplanung muss stärker regional und sektorenübergreifend erfolgen. Kleine Standorte sind bedarfsgerecht umzustrukturieren, größere Einrichtungen zu spezialisieren.

Gesundheitswirtschaft stärken

Mecklenburg-Vorpommern soll als Gesundheitsstandort gezielt ausgebaut werden durch eine stärkere Rolle der Apotheken in der Primärversorgung, eine stabile Arzneimittelversorgung sowie der Förderung von Forschung, Produktion und Ansiedlungen.

Bau- und Wohnungswirtschaft

Bauen ermöglichen – Kosten senken – Planungssicherheit schaffen

Verlässliche Rahmenbedingungen statt Förderlogik

Entscheidend für Investitionen ist nicht die Vielzahl an Förderprogrammen, sondern die Verlässlichkeit von Verfahren, Genehmigungen und Standards.

Erforderlich sind verbindliche und planbare Genehmigungsprozesse, klare Fristen und Zuständigkeiten sowie stabile politische Rahmenbedingungen.

Baukosten konsequent reduzieren

Bezahlbarer Wohnraum entsteht nur durch eine konsequente Entlastung der Kostenseite.

Geeignete Maßnahmen sind die Vereinfachung von Bau- und Umweltstandards, eine stärkere Kosten-Nutzen-Prüfung regulatorischer Vorgaben sowie die Förderung serieller und modularer Bauweisen.

Wohnungsbau als Standortpolitik

Wohnraum ist ein zentraler Standortfaktor für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Fehlender Wohnraum begrenzt Wachstum und Investitionen unmittelbar.

Wohnungsbau ist daher Wirtschafts- und Standortpolitik, Arbeitsmarktpolitik sowie Familien- und Strukturpolitik.

Tourismuswirtschaft und Handel

Wettbewerbsfähigkeit sichern – Bürokratie vermeiden – Struktur stärken

Ablehnung zusätzlicher Belastungen im Tourismus

Das geplante Tourismusgesetz wird angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Lage der Branche klar abgelehnt.

Gründe sind die steigende Kostenbelastung für Betriebe, rückläufige Umsätze und Insolvenzrisiken sowie zusätzliche bürokratische Anforderungen.

Statt neuer Abgaben braucht die Branche Entlastung und Planungssicherheit.

Tourismus strategisch weiterentwickeln

Die neue Struktur der MV Tourismus GmbH ist konsequent auf Effizienz und Transparenz auszurichten.

Forderungen sind klare Zuständigkeiten und schlanke Strukturen, der Abbau administrativer Belastungen sowie verlässliche Rahmenbedingungen für Betriebe.

Mobilität als Standortfaktor stärken

Die touristische Wettbewerbsfähigkeit hängt entscheidend von einer funktionierenden Infrastruktur ab.

Gefordert werden der zügige Ausbau des Straßennetzes, eine verlässliche Anbindung touristischer Regionen durch Bus und Bahn sowie ein bedarfsgerechter Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs auch außerhalb der Hauptsaison.

Fachkräftesicherung im Tourismus gewährleisten

Der Tourismus ist auf qualifizierte und ausreichend verfügbare Arbeitskräfte angewiesen.

Notwendig sind eine gezielte Unterstützung der Betriebe bei der Fachkräftegewinnung, der Ausbau von Aus- und Weiterbildungsangeboten sowie vereinfachte Verfahren bei der Erwerbsmigration, um dem Personalmangel in der Branche wirksam zu begegnen.

Finanzen, Haushalt und Steuern

Leistung stärken – Eigentum ermöglichen – Verwaltung entlasten

Wohneigentum fördern durch Steuerentlastung

Der erstmalige Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums sollte durch einen Verzicht auf die Grunderwerbsteuer gezielt erleichtert werden.

Dies führt zu geringeren Einstiegskosten für Familien, einer Stärkung des Wohnungsneubaus, Impulsen für die Bauwirtschaft und eine erhöhter Standortattraktivität für Fachkräfte.

Gewerbesteuer effizienter organisieren

Die Erhebung der Gewerbesteuer sollte künftig durch die Finanzverwaltung erfolgen.

Vorteile sind die Entlastung kommunaler Verwaltungen, effizientere und standardisierte Prozesse sowie die Freisetzung kommunaler Personalressourcen für Kernaufgaben.

Schlussbemerkung

Die Zukunftsfähigkeit Mecklenburg-Vorpommerns hängt entscheidend von der Qualität politischer Rahmenbedingungen ab. Eine moderne Wirtschaftspolitik muss Verlässlichkeit schaffen, Investitionen ermöglichen und staatliche Strukturen konsequent auf Umsetzung ausrichten.

Dieses Positionspapier versteht sich als Beitrag zu einer solchen Politik der wirtschaftlichen Vernunft und der praktischen Handlungsfähigkeit.
